

Er erscheint täglich außer Sonntagen.
Jahresabonnement des „Vorwärts“ Gesamtverlag für
Preis 12,00 Mark, 6 Monate 6,00 Mark, 3 Monate 3,00 Mark.
Einzelnhefte 10 Pf. monatlich für Lieferung ins Haus im voraus
zahlung. Postgebühr 3,00 Pf. einschließlich 60 Pf. Postzeitung
und 70 Pf. Postzeitungsbeitrag.

Spätausgabe des „Vorwärts“

Einzelheftpreis: Die einbändige Jubiläumsgabe 20 Pf.
Reklamhefte 2-3 Pf. Einbändige nach Tarif. Postgebühren:
Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin Nr. 37 100. - Der Verlag
behält sich das Recht der Wiederverkauf nicht gebrauchter Hefen vor!
Reaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Gesamtdirektor: Döbel (A 7) 292-297

Die Arbeiter fordern Arbeit!

Der außerordentliche Kongress der Gewerkschaften

Die Mitglieder des Kongresses der freien Gewerkschaften in Frankfurt a. M., die heute zum außerordentlichen Gewerkschaftskongress wieder zusammengetreten sind, füllen den großen Sitzungssaal des Reichstages bis auf den letzten Platz. Zahlreiche Gäste haben an den Regierungstischen Platz genommen. Die Gewerkschafter Otto Braun, Severing und Grzesinski, auch Reichstagspräsident Löbe werden bei ihrem Erscheinen durch lebhaften Beifall begrüßt.

Die Reichsregierung ist durch Arbeitsminister Stegerwald und Wirtschaftsminister Warmbold vertreten, auch der preussische Finanzminister Dr. Klepper ist anwesend. Zahlreiche Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wohnen den Verhandlungen bei.

Zu Beginn seiner Eröffnungsansprache teilt Leipart mit, daß der Reichskanzler, der sein Erscheinen beflimmt zugesagt hatte, zu seinem großen Bedauern daran verhindert ist. An seiner Stelle wird Arbeitsminister Stegerwald sprechen. Da der Kongress ein reiner Arbeiterkongress ist, hat auch der Reichstagspräsident Löbe auf seine Begrüßungsansprache verzichtet. Der Kongress dankt ihm für die Ueberlassung des Tagungsraumes und zugleich auch für seine vielfache rednerische Unterstützung der gewerkschaftlichen Forderungen.

Die Einleitungsworte sprach, oft von Beifall unterbrochen, der

Bundsvorsitzende Theodor Leipart:

Die Desillusionierung ist allmählich abgestumpft gegenüber der furchtbaren Tatsache, daß über 6 Millionen Deutsche arbeitslos sind, während unter den unmittelbaren und mittelbaren Folgen dieser wirtschaftlichen und sozialen Katastrophe eine noch unendlich viel größere Zahl von Menschen zu leiden hat. Auch die verantwortlichen Stellen verhalten sich gegenüber dieser unter innen- wie außenpolitischen Gesichtspunkten drängendsten Frage der deutschen Politik allzu passiv. Um so nachdrücklicher müssen die Gewerkschaften den Ruf nach Arbeit für die Arbeitslosen erheben.

Eine Politik der wirtschaftlichen Verständigung im internationalen Rahmen wird durch tiefgreifende politische Widerstände erschwert, die auf den Krieg und auf den Verfall der Welt zurückzuführen sind. Die Wirkungen der Weltwirtschaftskrise unheilvoll verschärfen. Trotzdem, nein, gerade deshalb haben die Gewerkschaften sich immer wieder für die weltpolitische Verständigung eingesetzt. Sie sind für eine internationale Kreditvereinbarung als finanzielle Grundlage einer großzügigen Arbeitsbeschaffung eingetreten.

Aber die aktive Förderung internationaler Maßnahmen zur Verringerung und Behebung der Arbeitslosigkeit, deren Durchführung nur langsam zu überwindenden Schwierigkeiten begegnet, entziehen die Reichsregierung und alle Stellen, die mit Verantwortungsbewußtsein an einer Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse arbeiten, nicht von der Verpflichtung, auch im Rahmen der nationalen Wirtschaftspolitik die Arbeitsbeschaffung

anzubahnen. Die Deflationpolitik der Reichsregierung war gegen die eigenen Volksgenossen, insbesondere gegen die großen Schichten der Arbeiter und Angestellten, von einer bis an die äußerste Grenze des Erträglichen gehenden Rücksichtslosigkeit. Bei allem Verständnis für die außenpolitischen Argumente der Reichsregierung haben die Gewerkschaften diese Politik entschieden bekämpft. Der rigorose Abbau der sozialen Leistungen und der Abbau der Löhne führen unweigerlich zu einer Verelendung der breiten Volksmassen, sie zu hören nicht nur die Kaufkraft und damit eine der Voraussetzungen der Belebung der Wirtschaft, sie untergraben die Grundlagen der staatlichen Ordnung, sie steigern die innerpolitischen Spannungen. Diese Wirkungen treten um so unermesslicher ein, wenn nichts geschieht, um durch Mittel, die keine besonderen Anforderungen, sondern nur Entschlußkraft erfordern, die Not zu lindern. Nichts ist trotz der wiederholten dringenden Mahnungen der Gewerkschaften geschehen um durch systematische, gezielte Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeitslosigkeit zu verringern. Arbeitsbeschaffung und Verteilung der Arbeitsgelegenheit sind aber untrennbar verbunden.

Es ist ein Skandal, daß noch immer regulär über 48 Stunden gearbeitet wird, daß noch immer vielfach Hebersteuerearbeit geduldet wird, daß noch immer Leute, die Pensionen beziehen, anderen Arbeitsplätze

Die Wahlbombe

In einer Scheidemann-Verammlung in Ludwigsdorf brachten die Nazis eine Bombe zur Explosion.



Die Nazi-Legalität ist auch in diesem Wahlkampf auf schwurrischer Höhe!

wegnehmen, daß kein ernsthafter Versuch unternommen worden ist, die Frage des Doppelverdienertums zu lösen.

Wiele Zehntausende würden Arbeitsmöglichkeiten finden, wenn dieser Skandal aufhört, weitere Zehntausende würden wieder in den Produktionsprozess eingeschaltet werden können, wenn endlich die allgegenwärtige gesetzliche 40-Stunden-Woche eingeführt würde. Der Reichsarbeitsminister hat im September eine Rotverordnung über die Verkürzung der Arbeitszeit in Aussicht gestellt. Sie ist bis heute noch nicht erlassen worden.

Der Ruf nach Kostensenkung hat dafür um so mehr Gehör gefunden. Dauern wurden mit staatlicher Hilfe die Löhne gesenkt mit der Begründung, daß dann alles besser werden würde. Tatsächlich ist nichts besser geworden. Das wissen auch die Arbeitgeber. Trotzdem haben sie zum 30. April

fast alle Tarifverträge gekündigt.

um weitere Lohnkürzungen durchsetzen zu können. Neue Schiedsprüche liegen vor, die den Arbeitern nochmals einen Lohnabzug von 10 Proz. aufzwingen.

Der Kongress erhebt entschiedenen Protest gegen diese widersinnige Politik, die zur völligen Vernichtung der deutschen Wirtschaft führen muß. Von Rotverordnung zu Rotverordnung ist die Zahl der Arbeitslosen gewachsen. Das darf nicht so weitergehen.

Es ist fast ein Wunder, daß das deutsche Volk nach allem, was ihm zugemutet wurde, diesen Winter überstanden hat.

Die Disziplin und moralische Kraft der Arbeiterschaft verdient die höchste Achtung und Bewunderung. Aber Entfagungen und Opfer müssen endlich eine Grenze haben.

Noch hofft die Masse der organisierten Arbeiter, daß es den Gewerkschaften mit Hilfe von Staat und Reichsregierung gelingt, dem Massenelend zu steuern, die Krise durch Arbeitsbeschaffung zu lindern, eine Belebung der Wirtschaft anzubahnen. Soll dieses Vertrauen auch noch zerstört werden? Das darf nicht sein, nicht um der Gewerkschaften, sondern um des Staates und des Volkes willen.

Man hat gesagt, eine Arbeitsbeschaffung großen Stils sei mit Rücksicht auf die außenpolitischen Interessen unmöglich. Man hat besonders darauf verwiesen, Frankreich werde daraus den Schluß ziehen, daß Deutschland noch nicht so arm sei. Indessen, dieser Hinweis kann nicht gelten. Im Mittelpunkt der französischen Politik steht die Sicherheitsfrage. Die Gewerkschaften stellen daher vor aller Welt die Frage:

Dient es der Sicherheit Frankreichs, dient es der erregtemeinten Befriedigung Europas und der Welt, wenn infolge der steigenden Arbeitslosigkeit und wirtschaftlichen Verelendung immer weitere Kreise der Bevölkerung, besonders auch der arbeitslosen Arbeiter, der Verzweiflung und dem politischen Radikalismus verfallen?

Kann also Frankreich im Ernst Forderungen für seine weder wirtschaftlich noch moralisch gerechtfertigten Reparationsansprüche ziehen, wenn Deutschland die letzten noch vorhandenen Finanzreserven für die Beschaffung von Arbeit aufwendet zu dem Zweck, dem weiteren Fortschreiten der Verzweiflung des politischen Radikalismus zu begegnen?

Keinerlei übertriebene Rücksicht auf außenpolitische Interessen darf daher die Reichsregierung veranlassen, die unmittelbare Inangriffnahme der großen Aufgabe der Arbeitsbeschaffung hinauszuschieben. Arbeitsbeschaffung ist unter innen- wie außenpolitischen Gesichtspunkten die zentrale Aufgabe der deutschen Politik! (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Das Büro des Frankfurter Kongresses mit Brandes, Oswald Schumann und Theodor Leipart als Vorsitzenden wird darauf wieder eingesetzt. Es folgt das Referat Wilhelm Eggerts über die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung. Wir berichten über diesen Teil der Verhandlungen in der Beilage.

Nach der Rede Eggerts wurde ein Schreiben des Reichskanzlers verlesen, worin er sein Fernbleiben mit dringenden Dienstgeschäften begründet und bedauert. Er wünscht dem Kongress eindrucksvollen Verlauf zum Nutzen der deutschen Volkswirtschaft und der deutschen Arbeiterschaft.

Reichsarbeitsminister Stegerwald

unterstreicht diese Mitteilung des Reichskanzlers noch und fügt hinzu, daß das Fernbleiben des Reichskanzlers keineswegs etwa mit dem Beratungsgegenstand des Kongresses zusammenhänge und beruft sich dann auf seine Rede auf dem Frankfurter Gewerkschaftskongress:

Wir sind weder optimistisch noch zu pessimistisch gewesen. Dem haben wir es zuzuschreiben, daß wir mit den Mitteln für die Arbeitslosenunterstützung noch so ausgekommen sind. Ein Hauptfaktor für jede Besserung ist die außen- und innenpolitische Beruhigung, also ein befriedigender Ausgang der im Juni vor Ablauf des Hoover-Freijahres abzuhaltenden Reparationskonferenz, ebenso wie die geistige Gesundung im Innern. Dafür wird nun nach der Reichspräsidentenwahl die Preußenwahl von größter Bedeutung sein. Den Wendepunkt in der Weltwirtschaftskrise erwarten viele für die zweite Hälfte 1932, in England und Amerika aber rechnet man vielfach damit erst für das Jahr 1933. (Unruhe.)

Als Hauptursache des Schrumpfungprozesses kann ich nicht die Gehaltskürzung ansehen. Diese war unerlässlich, um unseren Etat in Ordnung zu halten. Bei einer solchen Kürzung der öffentlichen Personalansgaben um 2 1/2 Milliarden Mark konnte auch die Privatwirtschaft mit ihren Löhnen nicht unbeeinträchtigt bleiben.

Warum haben sich so viele Großunternehmer bei der Reichspräsidentenwahl für Hitler erklärt? Weil sie durch eine zweite Inflation ein zweitesmal ihre Schulden los zu werden hoffen. (Lebhafter Zustimmung.)

Auch nur gefüllt vieles an den Rotverordnungen nicht. Aber ohne diese Rotverordnungen wären wir heute in einer Inflation, gegen die 1923 nur ein schwaches Vorbild gewesen wäre. Der Minister verteidigte dann seine Haltung in der Arbeitszeittfrage gegen den Vorwurf, unter dem Druck der Unternahmer gestanden zu haben. Die Bankensanierung sei nicht aus Liebe zu den Aktionären erfolgt, sondern im Interesse der dreierlei Millionen Konteninhaber, von denen die Weiterbeschäftigung großer Arbeitermassen abhängt. Die von Eggert ausgeführten Arbeitsgelegenheiten erkennt der Minister an. Er betont, daß die Kosten auf keinen Fall durch eine Inflation „aufgebracht“ werden dürfen, dagegen wäre selbst Nichtstun noch das kleinere Übel. (Zwischenrufe.) Aber natürlich bleibt Nichtstun außer Betracht. Bei den zu beschaffenden Arbeiten, so meint Stegerwald weiter, werde man neben der Geltung der Tariflöhne doch auch den freiwilligen Arbeitsdienst heranziehen und sogar ermitteln müssen, aber so, daß das Geltungsgebiet der Tarife nicht bedroht werde.

Stegerwald erklärte weiter, daß er keine Möglichkeiten sehe, im Laufe des nächsten Jahres das deutsche Rentenversicherungswesen weiter ausbauen zu können. Man müsse den Rentenbeziehern ein Stückchen Land zuweisen, durch dessen Bebauung sie sich einen

Frauen für ein soziales Preußen!

Heute, Mittwoch, den 13. April, 19^{1/2} Uhr, im Saalbau Friedrichshain — Ansprachen halten die Genossinnen Gertrud Hanna, MdL., Helene Schmitz, MdL. und Käthe Kern

Naturalzuschuß zur Rente beschaffen können. (Widerpruch.) Die Reichsregierung habe bereits sichere

Finanzierungspläne für eine verstärkte Siedlung.

besonders für eine Verstärkung der städtischen Wohnraumsiedlung, ebenso auch für den Straßenbau und für Wohnungsreparaturen. Zur Frage der Arbeitszeitverkürzung erklärte Stegerwald, daß die Reichsregierung nochmals Bepfändungen zwischen den Unternehmern und Gewerkschaften herbeiführen wolle, und, falls diese Bepfändungen ergebnislos bleiben sollten, eventuell durch eine Notverordnung die Arbeitszeit verkürzen werde. An eine allgemeine Lohnsenkung nach dem 30. April würde weder im Reichsarbeitsministerium noch in der Reichsregierung gedacht. Für das Gros der Arbeiter seien die Löhne nicht mehr zu hoch. Es seien aber noch einige Ungleichungen notwendig. (Heftiger Widerspruch der Delegierten.) Diese Ungleichungen sollen aber nicht das Signal sein für einen allgemeinen neuen Lohnabbau. Minister Stegerwald schloß seine Rede mit der Versicherung, daß für die Arbeitlosen von der Regierung alles geschehen solle, was geschehen kann, ohne die deutsche Währung zu gefährden.

Als erster Redner in der Diskussion sprach der Vorsitzende des Deutschen Bauarbeiterbundes, Genosse Bernhard.

Keine Ruhe in Spanien.

Syndikalisten machen Rebellion.

Madrid, 12. April.

In Granada erklärten die Syndikalisten zur Durchsetzung ihrer Forderung auf den Sechsstundentag den Generalstreik. Streikende warfen sieben Bomben, von denen eine in einer Kirche explodierte und erheblichen Sachschaden verursachte. Ferner rissen sie Gasleitungen auf und legten Feuer an.

In einem Dorfe bei Granada wurde ein mit streikenden Arbeitern besetzter Autobus von einer Polizeiabteilung angehalten. Es folgte ein Feuergefecht; ein Toter und vier Schwerverwundete blieben auf dem Platze.

In Valencia, Barcelona und Castellon streikten die Elektrizitätsarbeiter. Der Betrieb wird durch Militär- und Marineabteilungen aufrecht erhalten.

Razi-Rauffudenten.

Vier Monate Gefängnis wegen eines rohen Ueberfalles.

Bei der Verteilung der Hindenburg-Medaillen am Sonnabend, dem 9. April, abends gegen 6 Uhr, kam es in der Eisenstraße, Ecke Barwaldrstraße zu einem bedauerlichen Zwischenfall. Der Genosse Busch wurde von Nazis überfallen und erhielt einen Schlag ins Auge und einen Messerstich ins Gesicht. Als Täter wurden die Studenten Schweden und Jakobs verhaftet. Gegen beide wurde Anklage vor dem Schnellgericht erhoben und sie wurden zu 4 Monaten Gefängnis ohne Bewährungsfrist und Strafaufschub verurteilt. Zwei Nazizeugen leisteten den christlichen und die Zeugen Buschs den weltlichen Eid. Das paßte merkwürdigerweise dem Rechtsanwalt nicht, und es genügte ihm auch nicht, als ihm der Vorsitzende sagte, daß in der vorhergehenden Sitzung 4 Nazis den weltlichen Eid geleistet hätten. Er konnte es einfach nicht verstehen, denn im Buch Razi-Rosenbergs (siehe ausdrücklich, daß der Nationalsozialismus der Jugend das Christentum wiedergeben wolle. Dabei weiß heute jedes Kind, daß das Hakenkreuz ein uraltes heidnisches asiatisches indisches Abzeichen ist, das sich bei den germanischen Nazis ganz besonders schön ausnimmt.

Berzweiflungstafel eines Geschäftsführers

Mann, Frau und Kind durch Gas getötet.

Magdeburg, 13. April.

Bei einer unermuteten Revision bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Seehausen in der Altmark, wurden größere Unterschlagungen des Geschäftsführers Paul Kaiser festgestellt, die bis zum Jahre 1928 zurückreichten. Kaiser, der in seiner Wohnung in Magdeburg verhaftet wurde, gestand seine Verfehlungen ein und wurde, da kein Fluchtverdacht vorlag, zunächst wieder auf freien Fuß gesetzt. Bald darauf wurden er, seine Frau und sein zweijähriges Töchterchen in der Wohnung tot aufgefunden. Kaiser hat durch Einatmen von Gas Selbstmord verübt und seine Frau und sein Kind mit in den Tod genommen.

Vom Wachtposten erschossen.

Würzburg, 13. April.

Der Reichswehr-Obergeleitete Hans Richter kam in der Dienstreise zu spät vom Urlaub zurück. Er wollte über die Mauer der Kaserne steigen und wurde dabei von dem Posten der Maschinen-gewehrkompanie angerufen. Als er nach wiederholtem Anruf nicht antwortete, gab der Posten, der annahm, daß es sich um einen Einbruchversuch handelte, seiner Dienstvorschrift entsprechend, Feuer. Richter wurde auf der Stelle getötet.

Zum 60. Geburtstag Professor Sandkuhls, Oberbürgermeister Dr. Sahny übermittelte Professor Hermann Sandkuhl zur Vollendung des 60. Lebensjahres namens der Stadt Berlin herzlichste Glückwünsche.

Schaltname tödlich verunglückt. Als der achtjährige Junge Bertram Fuhrmann aus der Kaiser-Friedrich-Strasse in Reutal in gestern gegen 19 Uhr am Treptower Park 30 über den Fahrweg gehen wollte, wurde er von einem Kraftwagen gepackt und zu Boden gewarfen. Man brachte das Kind zu einem Arzt, doch war eine Gehirnerschütterung, die der Knabe erlitten hatte, so schwer, daß er schon nach kurzer Zeit verstarb.

Wetter für Berlin: Teils heiter, teils wolfig, streichweise Nachtfröste, aber höhere Tagestemperaturen. — Für Deutschland: Im Süden und Osten ziemlich heiter bei ansteigenden Tagestemperaturen, aber nachts vielfach Nebendeckel, im Westen Eintrübung mit aufkommender Regenneigung.

Hitler flagt gegen Braun und „Vorwärts“!

Wegen der Behauptung landesverräterischer Absichten

Adolf Hitler beauftragte — wie zu München meldet — den Rechtsanwalt Dr. Frank II München, gegen den Ministerpräsidenten Braun und gegen den verantwortlichen Schriftleiter der Berliner Tageszeitung „Vorwärts“ Strafantrag zu stellen und Privatklage zu erheben wegen der Behauptung, Hitler und seine Partei verfolgten landesverräterische Absichten.

Die Absicht Adolf Hitlers, eine Klärung der ungeheuerlichen Dinge, die sich in der NSDAP. abspielen, auf dem Gerichtsweg herbeizuführen, erscheint auf den ersten Blick sehr begrüßenswert. Und was den „Vorwärts“ betrifft, so können wir versichern, daß er sich zu diesem Zweck sehr gerne zur Verfügung stellt.

Wir haben gegen Hitler und seine Partei den Vorwurf erhoben, daß sie Absichten verfolgen, deren Ausführung vollendeten Landesverrat im Kriege bedeutet. Diesen Vorwurf halten wir vollinhaltlich aufrecht und sind bereit, vor Gericht den Wahrheitsbeweis für ihn zu erbringen.

Allerdings können wir nicht die Hoffnung hegen, daß das so rasch geschehen wird, wie wir wünschen. Denn erstens erfordert die von Hitler beliebte Verbindung Braun-„Vorwärts“, daß zunächst einmal die Immunität Otto Brauns von zwei Parlamenten, dem Reichstag und dem Landtag, aufgehoben wird. Zweitens kommt in Betracht, daß in derselben Sache ein Verfahren wegen Hoch- und Landesverrat schwebt, vor dessen Erledigung der Befeldigungsprozeß nicht stattfinden kann.

Hebrigens haben wir schon gestern dargetan, daß es fraglich ist, ob die Handlungen, die Hitler und seiner Partei vorgeworfen werden — soweit Landesverrat in Frage kommt — mit dem Strafgesetzbuch zu erfassen sind.

Unser Vorwurf geht dahin, daß die Absicht besteht, im Falle eines gewalttätigen Eindringens fremder Truppen in deutsches Reichsgebiet die SA. nicht etwa den Eindringlingen entgegenzustellen, sondern sie im Gegenteil von der Grenze abzuführen und mit dem Ziel, „das System“ zu beseitigen, ins Innere zu kommandieren.

Wenn die Propagierung und Vorbereitung solcher Pläne strafrechtlich nicht erfassbar sein sollte, so wäre das nur ein Beweis dafür, daß eine Lücke in der Gesetzgebung besteht. Keineswegs könnte aber aus einer Einstellung des Verfahrens wegen Landesverrats der Schluß gezogen werden, es sei dadurch nur das allergeringste von unseren Behauptungen erschüttert. Wir wiederholen, daß wir zu diesen Behauptungen stehen und daß wir jederszeit bereit sind, vor Gericht den Beweis zu erbringen, daß sie den Tatsachen voll entsprechen.

Dingeldey gegen die SA.

Der volksparteiliche Reichstagsabg. Dingeldey hat gestern in Breslau u. a. folgendes ausgeführt:

Die Sehnsucht des deutschen Volkes nach Wiedererstattung des deutschen Wehrwillens ist sehr zu begrüßen, aber

der Wehrwille darf sich nicht gegen das eigene Volk richten.

Es kann nicht Aufgabe eines Parteiführers sein, sich eine eigene Privatarmee zu halten. Wenn nur ein Teil der Behauptungen des preußischen Innenministers wahr ist, dann ist ein Teilbestand gegeben, den der Staat, der seine Autorität nicht freiwillig aufgeben will, auf die Dauer nicht dulden kann.

Herr Dingeldey bezieht sich mit seinen Ausführungen auf eine vertrauliche Konferenz, in der Severing die fraglichen Dinge viel ausführlicher dargestellt und besser mit Dokumenten belegt hat, als Otto Braun das in einer öffentlichen Versammlung tun konnte.

Grandi gegen Tardieu

Für die amerikanischen Forderungen — Konkrete Ausführungsvorschläge

Genf, 13. April. (Eigenbericht.)

Der italienische Außenminister Grandi sprach sich heute ebenfalls eindringlich für die Ausschaltung der Angriffswaffen aus, wodurch sofort vier wichtige Ergebnisse erreicht würden: Diese Ausschaltung verstärkte die Verteidigungskraft der Staaten und ihre Sicherheit. Sie mache den Angriff schwieriger und riskanter. Sie schaffe günstige Laufbahnbedingungen für das Funktionieren des Völkerbundes und des Kellogg-Paktes und liefere die besten Bedingungen, um zu einer wirklichen Herabsetzung der Rüstungen auf die niedrigste Grenze zu gelangen. Nur so könne man die erste Etappe des Weges erreichen. Sie in Angriff zu nehmen, heiße, auf das Ergebnis losgehen, das die Welt von der Konferenz verlange. Tardieu könne theoretisch recht haben mit der Schwierigkeit der Definierung der Angriffswaffen. Aber man habe ein praktisches Problem im Lichte der Erfahrung und des gesunden Menschenverstandes vor sich, und der sage jedem, daß die wirksamsten, mörderischsten und beweglichsten Waffen mit dem größten Aktionsradius am geeignetsten für den Angriff seien.

Was die Erfahrung betreffe, so sei die aus dem Weltkrieg zu frisch, als daß man sie habe vergessen können. Zum mindesten müsse man sich erinnern, daß diese Erfahrung die genauesten Bezeichnungen geliefert habe, die dazu geeignet waren, den Teil 5 der Friedensverträge aufzustellen. Italien habe daher in seinem Vorschlag der qualitativen Rüstungsbeschränkung der Laifache Rechnung getragen, daß praktisch bereits ein Abkommen bestehe, das die Bezeichnung spezieller Angriffswaffen gestatte. Ebenso liefere diese Bezeichnung das französische Memorandum über die Waffen, die dem Völkerbund zur Verfügung gestellt werden sollen. Auf das Mißtrauen einer Verletzung von Verträgen könne man sich nicht berufen, um keinen Vertrag abzuschließen. So gut ein Staat die Abschaffung verlange, so gut könne er auch die Verpfändung verlangen, durch die er seine Rüstungen dem Völkerbund zur Verfügung stelle. Nur das Vertrauen kann Grundlage von Verträgen sein. Grandi schlug als praktische Maßnahmen ein

System der Vernichtung von Angriffswaffen nach Gruppen und in bestimmten Zeitabschnitten

vor. Die Artillerie einschließlich Munitio muß in drei Gruppen gleicher Kaliber eingeteilt werden, wobei mit den größten Kalibern anzufangen sei. Das gleiche gelte für Tanks einschließlich Ersatzteile.

Linienhiffe, Flugzeugmutterhiffe und U-Boote müßten vor dem 31. Dezember jedes Jahres nach Inkrafttreten der Konvention abgerüstet, ausrangiert und zerstört sein im Prozentsatz der Gesamtkonvention, die in jedem Lande in jeder Kategorie bestehe bei Inkrafttreten der Konvention, entsprechend der für die Erfüllung der Zerstörung dieser Tonnage festgelegten Anzahl von Jahren; ebenso proportionelle Vernichtung nach Prozentsätzen der Luftmacht in einer bestimmten Anzahl von Jahren für Bombenflugzeuge mit internationaler Organisation und Kontrolle der Zielflugsfahrt. Die chemischen Kriegsmittel müßten sofort vernichtet werden.

Der Vorschlag sieht auch eine Kontrolle der Fabrication aller Waffen vor. Diese eine Methode müsse natürlich noch durch andere ergänzt werden.

Brasilien, Uruguay und Persien sprachen im

wesentlichen für Gibsons Vorschlag. Iosif Rudki Bey-Türkei vertrat das System der Gleichberechtigung und der Wegnahme der Angriffswaffen. Neu war sein Antrag auf Internationalisierung der Waffen- und Munitionsherstellung, sowie ihrer internationalen Verteilung und Kontrolle. Gibsons Vorschlag sei ein erster praktischer Schritt. Zum Schluß unterstützte er nachdrücklich Titinoms Antrag auf proportionelle Abrüstung.

Marinkowitsch-Jugoslawien verteidigte sich zunächst hinter Prozedurfragen für die Behandlung des amerikanischen Antrags. Dann sprach er für eine radikale Abschaffung des chemischen Krieges. Die Ausschaltung der schweren Artillerie sei indessen eine Ungerechtheit gegen die Staaten ohne Kriegsindustrie. Man müsse die schwere Artillerie in Reserve stellen, um sie mit Geländebomben des Völkerbundes gegen einen Angreifer verwenden zu können. Nicht nur Zerstörung und Anwendungsverbot der Angriffswaffen können helfen, sondern auch Sanktionen gegen die Verletzung des Vertrages. Zum Schluß brachte er einen konkreten Antrag ein, der im ganzen eine Modifizierung des Prinzips des direkten Verbots und der qualitativen Abrüstung darstellte.

Das Ergebnis der heutigen Aussprache in der Generalkonferenz der Abrüstungskonferenz war die schneidende Polemik Grandis gegen die gestrige Spiegelfechterei Tardieus. Wieder hat das bis an die Zähne bewaffnete faschistische Italien aus Gegnerschaft zu Frankreich und aus finanzieller Not die Rolle des Kämpfers für die Abrüstung gespielt. Für die Arbeit der Konferenz sind Grandis weitgehende Vorschläge sehr gut, einerseits, aus welchen Motiven sie erwachsen sind. Die völlige Spolierung Tardieus dokumentierte sich heute weiter, da selbst Marinkowitsch-Jugoslawien nur in sehr verästelter Form Tardieus Standpunkt teilweise zu unterstützen wagte.

Hilferufe in der Nacht.

Ungeklärter Vorfall auf dem Müggelsee.

Auf dem Müggelsee spielte sich in der vergangenen Nacht ein geheimnisvoller Vorgang ab, der die Berliner Kriminalpolizei beschäftigt.

Gegen 11 Uhr hörte ein Passant in der Nähe des Freibades Müggelsee vom Wasser her verzweifelte Hilferufe eines Mannes. Fast eine Viertelstunde lang waren die Schreie zu hören. Eine Rettungsaktion schien ausgeschlossen, da die Hilferufe von mehreren Seiten zur gleichen Zeit vernommen wurden. Die alarmierte Feuerwehr und das Feuerlöschboot suchten das Wasser längere Zeit ab, ohne jedoch etwas Verdächtigendes zu entdecken. In den Vormittagsstunden wurden die Nachforschungen unter Hinzuziehung der Zeugen fortgesetzt. Die Frage, ob es sich um einen Unglücksfall, Selbstmord oder möglicherweise um ein Verbrechen handelt, muß natürlich offen bleiben.

Verbotene Stahlhelmschrift. Die in Nürnberg erscheinende Wochenchrift „Im Gleichschritt“ wurde auf die Dauer von zwei Monaten verboten. Die Wochenchrift „Im Gleichschritt“ wird von dem Hauptmann a. D. Adolf Heiß, dem fränkischen Stahlhelmsführer, herausgegeben.

19 Wahllisten in Preußen.

Die Landeswahlvorschläge amtlich festgestellt.

Am Mittwochvormittag fand in Berlin unter dem Vorsitz des Präsidenten des Preussischen Statistischen Landesamtes und Landeswahlleiters Dr. Saenger eine öffentliche Sitzung zur endgültigen Festlegung der Landeswahlvorschläge für die Preußenwahlen statt.

Es wurden folgende 19 Landeswahlvorschläge für gültig erklärt und zugelassen:

1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
2. Deutschnationale Volkspartei,
3. Preussische Zentrumspartei,
4. Kommunistische Partei Deutschlands,
5. Deutsche Volkspartei,
6. Nationale Front deutscher Stände (Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei), Deutsches Landvolk, Junge Rechte),
7. Deutsche Staatspartei,
8. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitler-Bewegung),
12. Deutsch-Hannoversche Partei,
14. Christlich-Sozialer Volksdienst,
18. Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands,
19. Höchstgehalt der Beamten 5000 M. Für die Arbeitslosen und bis jetzt abgemeldeten Kriegsbeschädigten.
20. Radikale Partei (Bewegung für gesetzliche Geburtenregelung und Wohlstand, früher radikale deutsche Staatspartei),
21. Nationale Kinderheilen in Deutschland,
22. Partei der Erwerbslosen: „Für Arbeit und Brot“,
23. Deutsche Einheitspartei für wahre Volkswirtschaft, Idealistische Bewegung Deutschlands,
24. Deutsche Volksgemeinschaft (Wirtschaftsrevolutionäre Wirtschaftsbewegung),
25. Nationale Opposition der Vereinigten Reichsbankgläubiger und Markgeschädigten,
26. Menschheitspartei.

Die vorstehend nicht aufgeführten Nummern sind in dem amtlichen Wahlvorschlag nicht enthalten.

Abgelehnt wurde ein von der „Deutschen Steuerzahler-Schutzpartei“ in Ostfriesland eingereicherter Landeswahlvorschlag, der in keiner Weise den gesetzlichen Erfordernissen entsprach.

Die Landeslisten werden heute abend im „Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger“ veröffentlicht werden.

Die lange Liste enthält so verrückte „Wahlvorschläge“, daß auch der fanatischste Anhänger der Wahlfreiheit wünschen muß, solche Erfindungen schon vor dem amtlichen Druck der Listen auszuschließen. Man braucht nur die Titel der Nummern 19, 20, 23, 25 und 26 anzusehen, um leicht zu erkennen, daß hier Auerantentum unter politischer Maske auftritt. Dem Unfug sollte endgültig gesteuert werden.

Zeppelin zurückgeführt.

Friedrichshafen, 13. April.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ traf heute früh, kurz nach 8 Uhr, von seiner zweiten Südamerikafahrt über Friedrichshafen ein. Um 8.22 Uhr erfolgte die Landung glatt.

„Fünf von der Jazzband.“

Capitol.

Ich weiß nicht, wie viele von unseren Leserninnen schon während einer Varietéprobe auf Engagement aus heiterem Himmel in die große Baute gefallen sind und dadurch den Direktor sofort zum Abschluß eines Vertrags gebracht haben. In unserem Film geschieht dies Wunder. Die vier Jazzbandkünstler sind davon sehr entzückt und hüten sich, dem Direktor zu erzählen, daß das ein freundlicher Zufall war. Sie haben die größte Mühe, die junge Dame, die irgendeinen technischen Auftrag im Varieté durchzuführen hatte, für ihre Nummer zu gewinnen und zu dem halbbrecherischen Kunststück zu verleiten. Wie sie sie umfirtet, sich ihrewegen prägen und dann, als sie sie fest zu haben glauben, des lieben Friedens wegen nur noch als Kameradin behandeln. Wie sie darüber empört ist, auf eigene Abenteuer ausgeht, im Schwimmbad in einen Automobilklubfahrt verwickelt, kurz vor ihrem Auftreten verhaftet wird und erst im letzten Augenblick durch den in die verliebten Automobilbesitzer wieder befreit wird, das ist der etwas dürftige Inhalt des Films. Inzwischen haben die vier sich natürlich einen Ersatz besorgt, der auf das Fallende geachtet ist und prompt das Kunststück ausführt. Das zu spät gekommene Paar steht oben auf der Leiter und schaut zu, sie hat jetzt ein Engagement auf Lebenszeit.

Dieser Artistenposh, der schon in einer im Staatstheater aufgeführten Komödie ausgenutzt wird, wird von Erich Engel auf die gefälligste und heiterste Art verfilmt. Es ist wirklich ein Gewinn, mal aus dem üblichen Rahmen des Films herauszukommen und auch eine Wurst zu genießen — sie ist von dem filmreiferen Theo Mackeben —, die einem nicht an den unmöglichen Stellen Schläger aufdrängt und sich mehr auf die musikalische Untermalung des Ganzen ausst. Die fünf von der Jazzband sind frische junge Leute, nicht mehr. Das ist kein Schaden. Jenny Jugga, das Bauteinmädchen, ist herzlich natürlich, gar nicht starrmäßig, sie hat entschieden zugelernt. Sie sieht nicht mehr bloß gut aus. Sonst ist noch Theo Schall als flatter Liebhaber zu nennen. Viele gute Chorgänger. Im ganzen ein sehr netter Film, bei dem man sich aufs beste unterhält.

Carows Lachbühne.

April-Programm.

Erich Carow, der beliebte Berliner Vorstadtkünstler und Volkstänzer verabschiedete sich gestern als Bursche des Herrn Feldwibel in einer auf Liebe und Verwicklung gearbeiteten Burleske von der Presse und dem treuen Stammpublikum. Die von Charlotte Chaplin geweihte Lachbühne am Weinbergsweg schließt nämlich Ende April bis zum Herbst ihre Kellertüren. Das neue Programm hatte seine Höhepunkte nicht zum wenigsten in den Hausängern, die in einer Offenbachschen Himmelszene und in einem Quintett mit alten Schlagern sehr wirkungsvoll unter der Regie Carows auftraten. Das Ballettum Fredy Siegs legte eine stilvolle Etappeninszene hin. Außerordentlich schlagfertig und unterhaltsam erwies sich der Bildhauer Richard Schwarz. Hohes Lob verdient neben einer Spitzenkünstlerin und Köstlicher Schmeißer der charakt. ritische Regieränzer Lita, der große Klotze ist.

E. Lotenz H.-G. Tempelhof, SPD-Fraktion. Fraktionsversammlung am Donnerstag, 14. April 1932, 16 1/2 Uhr, im Hotel Korow, Ordensmeister, Ecke Berliner Straße. Wichtige Tagesordnung. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Fraktionsvorsitzend.

Die Ueberläufer von Braunschweig

Bergebliche Ablehnungsversuche durch die kommunistische Partei

Die Berliner „Rote Fahne“ befißt die Dreifügigkeit, das Ueberlaufen von braunschweigischen KPD-Funktionären zu den Nazis zu „dementieren“. Das Zentralorgan der Thälmannler glaubte bisher den schlechten Eindruck der tatsächlich erfolgten Desertion aus den Reihen der KPD. verwischen zu können. Demgegenüber stellen wir auf Grund genauester Mitteilungen aus Braunschweig fest:

In Schöningen sind 10 bisher aktive kommunistische Funktionäre zu den Nazis übergelaufen. Es handelt sich um aktive Kommunisten, die noch bei der Reichspräsidentenwahl am 13. März gebrüllt haben: „Hitler verrecke!“ Heute sind sie bei der Schöninger SA., von der sie eingekleidet und mit ihren Familien verpflegt worden sind.

In Blankenburg am Harz haben sich, nach einer Meldung der dortigen Naziparteileitung, 12 kommunistische Funktionäre und Mitglieder zur Aufnahme in die NSDAP. angemeldet. Ein Teil von ihnen ist bereits in der letzten Mitgliederversammlung der Nazis präferiert worden. Unter denen, die sich zur Anmeldung bereitfinden, befindet sich auch ein prominenter, von der KPD. gemahreger Funktionär, der auf Geheiß der Nazis erst einmal ein Jahr Karenzzeit durchmachen soll.

Lehuliche Zerfallerscheinungen der KPD. sind aus Langelsheim, aus Schöppenstedt und aus Wolfenbüttel gemeldet.

Der Ablehnungsversuch der „Roten Fahne“ wird durch die Tatsachen Lügen gestraft. Die neueste Methode der „bolschewistischen Selbstkritik“ scheint darin zu bestehen, daß man zunächst alles abstreift. Schließlich wird uns die „Rote Fahne“ noch erzählen, daß die KPD. am 10. April Stimmen gewonnen habe!

Verbrecherheim Klaggestan.

Totschläger steckbrieflich verfolgt — in Braunschweig sicher!

Braunschweig, 13. April. (Eigenbericht.)

Kriminelle Elemente treiben sich im Reich des Herrn Klagges herum und bleiben in der SA. dem Zugriff der Behörden verborgen. Das beweist wieder einmal die Verhaftung des Berliner SA.-Mannes Domnik. Dieser ist im vorigen Jahr vom Berliner Schwurgericht III

Gruß an Roda Roda.

Zu seinem 60. Geburtstag.

Roda Rodas schönstes Buch spielt nicht auf dem Balkon, sondern in dessen weiland lustigster Filiale und heißt „Schwafylon“. Es gibt die vollkommene Naturgeschichte der Stadt, die, ehe sie am Geist unterging, uns allen Heimat war:

„Du aber, München:
Alle Jänne möchte ich mit deinem
Lobe betünchen.“

Dicht vor diesen Versen aber wadmert Roda Roda, heute längst münchenschläger Bürger Berlins, dieser künftigen Heimstatt das andere Ritornell:

„Hauptstadt von Breußen!
Wie wirst du mich wiedersehen, Berlin — ich
Schwör es bei Jesen.“

Berlin braucht es nicht tragisch zu nehmen. Der konsequente Roda Roda, Desterreichs freischiger Satiriker, hat auch erklärt, daß in Desterreich Satiriker überflüssig seien, und eine Rede zur Politik mit dem lapidaren Satz geschlossen: „Und schließlich ist, was ich sagte, auch nicht meine Meinung.“

Roda Roda ist sicherlich der produktivste deutsche Schriftsteller. Einen Schriftsteller-Besitzer hat ihn Bäterchen Röhler genannt, von dem wiederum Roda Roda die hübschesten Schwänke auf die Nachwelt gerettet hat. Aber dieser Bienschreiber wird niemals schwachheit, und seine Maschine hat ihn der unermesslichen Handchrift nicht entwöhnen können. Roda Roda hat unter seinen unzähligen Veröffentlichungen auch einmal ein „Kondensationslexikon“ drucken lassen, und Kondensation ist sein Kunstgriff, sein Berufsgeheimnis.

Man darf hier wirklich von einem Kunstgriff, einem Griff nach der Kunst, und von sehr ernsthafter Kunstwürdigkeit reden. Dieser Roda Roda, der edelste Desterreich vertritt und ein unerschöpflich schöpferischer Plauderer ist, ist doch in der Art seines Plauderns wieder völlig unösterreichisch. Er handhabt die Anekdote nicht wie die Ahnherren des Wiener Feuilletons, sondern wie jemand, der bei Kleist und Hebel sehr aufmerksam in die Schale der alten Sachlichkeit gegangen ist: in einem mysteriös prallen Deutsch ohne Hierarchie, in fehnigen Sätzen ohne Zeit und aus einer Stoffbelesenem Sparsamkeit heraus, der man die Angst anzuhören meint, Schmutz könne jemals an Schmutz anklängen. So schafft er am faulenden Webstuhl der Zeit und ergreift sie, ehe sie rosch von hinten jähren kam.

Roda Roda hat weite Gefilde der südosteuropäischen Landschaft literaturfähig gemacht. Ihn gebührt das Ehrenbürgerrecht in jeder Menscheniedlung der Reichsgestaaten. Freilich hat er auch gesagt: „Auf die Staatsform kommt es weniger an als auf die Menschen, die sie erfüllen“ und hat einmal, zwecks Förderung der Weltweisheit, die Einführung dreier höflicher Tage im Jahr vorgeschlagen. Ein Spähschacher von besonderer Art.

Der meisterliche Stilist Roda Roda lebt es nicht, wenn die Selbstverständlichkeit stilistischer Feil- und Feinarbeit bejont wird, weil der anständige Mensch sich ja auch seines gewöhnlichen Halbes nicht eigens rühmen solle.

Franz Graetz.

„Fliehende Schatten.“

Ein Udet-Film.

Die uralte Vogelstraße nillauwärts fliegt ein großer fremder Vogel. Udet fliehet ihn. Er läßt die Pyramiden unter sich, den Nil mit seinen langsamem Segelschiffen und die gegen alle technischen Neuerungen schon gleichgültig gewordenen Kamele einer Karawane. Unermüdlich zieht der Gigant am Himmel weiter über das Kenigebiet nach dem früheren Deutsch-Ostafrika am Fuße des Kilimandsjaro. Der Schatten des Flugzeuges huscht unter ihm über

wegen Totschlags zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Er flüchtete und wurde steckbrieflich gesucht. Seit Monaten hielt er sich in Braunschweig auf, wo er Dienste bei der SA. verricht, wo er sich täglich meldete und aktiv an der Propaganda für die Reichspräsidentenwahl teilnahm! Die Polizei mußte erst von republikanischer Seite auf den Verbrecher aufmerksam gemacht werden, ehe sie zur Verhaftung schritt. Diese erfolgte während einer Nazikundgebung in der Stadt Braunschweig.

Die Kulturschande von heute.

Grimme über den Selbstspiegel-Mann.

Königsberg, 13. April. (Eigenbericht.)

Die ostpreussische Sozialdemokratie eröffnete am Dienstag mit einer Massenkundgebung in der Königsberger Stadthalle den Wahlkampf. An Stelle des preussischen Ministerpräsidenten Braun, der durch die Einberufung des Landtags am Erscheinen verhindert war, sprach Kultusminister Grimme. Er führte u. a. aus: „Der Kampf um Preußen, in dem wir jetzt stehen, ist nicht nur ein Kampf um Preußen, es ist ein Kampf um Deutschlands Schicksal, ein Kampf um Leben oder Tod der Nation. Wir stehen vor dem Endkampf zwischen der politischen Vernunft auf der einen Seite und Hitler auf der anderen Seite, zwischen dem System der opfervollen, opferbereiten und phasenlosen Arbeit auf der einen Seite und dem System des bald kindlichen, bald gewissenlosen, aber immer lärmenden Losredens und Losversprechens auf der anderen Seite. Auf der einen Seite die schwere Arbeit des Staates, um das Stürzen des Gebälks der Wirtschaft zu verhindern, auf der anderen Seite nichts, buchstäblich nichts an politischer Leistung, als ein Wechsel auf die Zukunft. In vollem Ernst sage ich, der ich als Minister vor Ihnen stehe, der verantwortlich für die Höhe der deutschen Kultur ist: daß

das Volk der Dichter und Denker mit einer der besten Literaturen der Welt hinter einem Mann herläuft, dessen geistige und verworrene Selbstbespiegelung aus jedem seiner Sätze unentzücklich spricht, daß dieser Mann nicht schon längst durch ein schallendes Gelächter um seine Wirkung gebracht, daß dieser Mann eruß genommen worden ist, das werden spätere Geschlechter nicht begreifen.“

In Ostpreußen läßt sich Hitler als Retter des deutschen Ostens feiern. Es gibt nun zwei Retter Ostpreußens: einen Retter in der Geschichte und einen in einem ärztlichen Handbuch für politischen Größenwahn.“ (Sanganhaltender stürmischer Beifall.)

die Erde dahin und der allgemeine Schrecken rost mit ihm um die Waite. Ein Krakodil geht hochbeinig ins Wasser, Küpferde tauchen unter, Giraffen galoppieren in ihrem eigentümlichen Paktgang auf und davon und Strauße, Zebras und alle möglichen anderen Herdentiere flüchten in ungeheuren Massen. Langgezogene Staubwolken zeichnen ihre Spuren. Als dann noch der zweite Metallvogel kommt und der inzwischen verstorbene Klaus v. Suchoki die Tiere auch anstigt, wird die Kaserne etwas zu viel für die Tiere und für das Publikum. Zur Abwechslung kann man sich noch an manchem Familienidyll ergötzen, sowohl bei Löwen wie bei Elefanten.

In diese interessanten Vogelperspektivberichte ist eine Spielhandlung hineingeschmuggelt. Und da es nun im Film ohne Kißschonbar nicht geht, muß eine Flugschülerin Udet nach Afrika nachfliegen. Sie stürzt ab, gerät unter helfende Regier und wird von Udet gerettet. Das wäre noch erträglich, wenn die Dame nur nicht, nach der letzten Rede frisiert und nach dem Geschmack von Nachtlokalbesuchern zurechtgemacht durch die herrliche Natur stolpern würde. Das ist schon schlimm, aber bedenklich ist es, daß durch diese mondäne Einlage die Leistungen der Flieger und der Kameraleute herabgemindert werden. Auch ist eine Löwenjagd höchst überflüssig. Wissen wir doch alle, daß die gestimmte Großtierjagd in Afrika nachgerade das modische Vergnügen des Snob ist. Wer heute Geld hat, kann seine Großmutter mit auf Löwenjagd nehmen.

Udet wurde bei der Premiere im Ufa-Pavillon am Rollendorfsplatz zu Recht freundlich begrüßt. c. b.

Der Kittelsche Chor jubiliert.

Im Frühjahr 1902 hatte sich eine Anzahl musizierfreudiger Frauen zu einer von Bruno Kittel geleiteten Chorvereinigung zusammengeschlossen, die bald zu einem gemischten Chor erweitert wurde; bereits vier Jahre später vermochte dieser Chor die Neunte Sinfonie zu singen und sich damit den Platz im Berliner Musikleben zu erobern, den er bis heute aufs ehrenvollste zu behaupten wußte. So feiert der Bruno Kittelsche Chor in diesen Tagen das Fest dreißigjährigen Bestehens und kann mit Stolz auf drei Jahrzehnte mühe- und legenreicher Arbeit im Dienst der schönsten Kunst zurückblicken. In rühmlicher und lobenswerter Erkenntnis dessen, daß prunkvolle Feiern nur schlecht in unsere Not- und Elendszeit passen, wurde auf eigene Festveranstaltungen verzichtet, wurden Volkskonzerte dazu ansersehen, das Publikum zu begehnen.

Bruno Kittel, der unermüdliche und verdienstvolle Organisator der Vereinigung — er wurde dieser Tage als Leiter einer Chorklasse an das Sternsche Konservatorium berufen —, dirigierte im ersten dieser populären Jubiläumskonzerte Beethoven's Missa solennis (Sonntag folgt unter Leitung Bräuners die Neunte Sinfonie). Von den Solisten Adelheid Arnold, Maria Beshken, Robert Brühl und Fred Drissen unterstützt, ehrte er sich selbst durch eine würdige Wiedergabe des ungeheuren Werks. A. W.

Klaus Bringsheim in Japan. Klaus Bringsheim hatte mit der japanischen Erstausführung von Gustav Mahlers V. Sinfonie in Tokio sensationellen Erfolg. Die Akademie veranstaltete Bringsheim zu Ehren ein Bankett, bei dem Direktor Korijugi auf ihn einen Trinkspruch in deutscher Sprache ausbrachte und der hoffnungsvoll verließ, daß es dem deutschen Dirigenten gelingen möge, das Orchester der Musikakademie auf die Höhe der ersten europäischen und amerikanischen Orchester zu bringen. In seiner Erwiderung erklärte Bringsheim, daß er mit einer solchen Wiedererlebung des Mahlerschen Werks stolz vor das anspruchsvollste deutsche Konzertpublikum treten würde, und sprach seine Ueberzeugung aus, daß das japanische Volk berufen sei, auch auf dem Gebiet einer fremdländischen Kunst, wie der deutschen Musik, zu höchsten Vollungen zu gelangen.

Die Vorlesungen an der Verwaltungskademie, die wie bisher an der Universität gehalten werden, beginnen am 13. April 1932.

Der Zwang zur Arbeitsbeschaffung

Eggerts Rede auf dem Gewerkschaftskongress

Im Mittelpunkt der Tagung des außerordentlichen Gewerkschaftskongresses, über dessen Eröffnung wir an der Spitze des Hauptblattes berichteten, steht die tiefstehende Rede des stellvertretenden Bundesvorsitzenden Wilhelm Eggert über

Die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung.

Eggert führte aus: In der Weltwirtschaftskrise ist in absehbarer Zeit eine Wendung zum Besseren nicht zu erwarten. Der deutsche Kapitalismus hat sich unfähig erwiesen, eine solche Wendung herbeizuführen. Der jetzige Zustand von fast 7 Millionen Arbeitslosen in Deutschland kann aber weder volkswirtschaftlich, noch sozialpolitisch länger ertragen werden. Durch das Zusammenbrechen der Industrieerträge mit der Agrarkrise sieht in der Weltwirtschaft ein gesundes Teilgebiet, von dem aus die Krisenperiode gestiftet und wieder „angekurbelt“ werden könnte. Die Weltwirtschaft ist in ihrer Gesamtheit betroffen. Das kapitalistische Wirtschaftssystem verfallt. Darum muß die öffentliche Hand Arbeit schaffen.

Das gegenseitige Mißtrauen der Völker ist durch die wirtschaftlichen Spannungen wieder gemindert. Durch die langen unfruchtbaren Verhandlungen in der Abrüstungsfrage, das ungeklärte Reparationsproblem, die Ereignisse im Fernen Osten, das noch unvollkommene Wirken des Völkerbundes, und die Kämpfe um Diktatur oder Demokratie innerhalb der Völker Europas.

Die Reichsstaaten haben ihre Auslandsermittlungen von 4 Milliarden im Zeitraum 1927/28 auf eine Viertelmilliarde Dollar im Jahre 1931 vermindert. Frankreich hat seine Kredite auch von England in großem Umfang zurückgezogen und dadurch weitere weltwirtschaftliche Gefahren geschaffen. England, das im Weltmarkt führt, löste im September v. J. sich von der Goldbindung los und ihm folgten schnell aufeinander 21 andere Staaten. Bewusstheit durch diese Entwicklung, in Angst um die Gestaltung ihrer Handelsbilanzen, haben die Staaten, besonders in Europa, sich vom Auslande handelspolitisch noch härter abgeriegelt, Schutzmaßnahmen getroffen, die nur das Gegenteil dessen erreichten, was sie bezweckten.

Im Verlauf der Krise ist die industrielle Weltproduktion von 48 Ländern, die sieben Achtel des Weltprodukts beherrschen, um ein volles Drittel im Jahre 1931 herabgesunken.

Am schwersten hat Deutschland gelitten. Der Anstieg seiner industriellen Produktion sank von 108 im Jahre 1929 auf 56,1 in der Gegenwart, sein Anteil an der industriellen Weltproduktion ist seit 1928 von 12 auf 9 Prozent gesunken.

Ein allgemeiner Deflationstypus der Weltwirtschaft, ein Arbeitslosigkeit von 25 Millionen Menschen, der Zusammenbruch von Gütererzeugung und Güterverbrauch, Steuererlöse und Haushaltsdefizite in fast allen Staaten — das ist die Bilanz des Niederganges der kapitalistischen Wirtschaft. Soll diese Lawine des Leidens und des Elends, der Zerstörung aller Werte hemmungslos weiterrollen? Kommt die Arbeiterklasse dadurch etwas schneller zu dem ersehnten Ziel einer planvoll geregelten sozialistischen Wirtschaft? Die das glauben, können für die Minderung der Not der Arbeitslosen nichts Entscheidendes tun, sie dürfen sich für Arbeitsbeschaffung überhaupt nicht einsetzen. Für diese Wunderglaubigen ist die Hoffnung auf Sieg am größten, wenn das Elend und die Not der Arbeiterklasse am schwersten sind. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Führer der kapitalistischen Wirtschaft wissen weder ein noch aus.

Sie machen es sich in Deutschland besonders leicht. Sie verjagen die Verantwortung von sich abzumähen, indem sie unausgesetzt erklären, schuld an der Krise in Deutschland sei die deutsche Lohn- und Sozialpolitik. Sie fordern Freiheit der Wirtschaft, d. h. der Staat soll sich nicht um die Wirtschaft kümmern; aber zugleich nehmen sie dauernd und ausgiebig in allen möglichen Formen die Hilfe des Staates in Anspruch.

Zwischen den Revolutionäromantikern und dem Anternehmenismus muß die Arbeiterklasse sich durchkämpfen und dabei den Umbau der kapitalistischen Wirtschaft in eine planmäßige Bedarfsdeckungswirtschaft erzwingen. (Beifall.)

Ungeachtet des Verjagens der Privatwirtschaft muß der Staat die Wirtschaft regeln und lenken. Wir sind bei unseren Vorträgen für die Arbeitsbeschaffung von dieser Ueberzeugung ausgegangen und waren uns dabei durchaus bewußt, daß Deutschland sich in einer weit ungünstigeren Lage befindet als etwa die Vereinigten Staaten oder England. Daher muß die Arbeitsbeschaffung in den Grenzen der finanziellen Möglichkeit Deutschlands bleiben, und die Arbeiter müssen volkswirtschaftlich rentabel sein, d. h. Werte schaffen, deren Ertrag eine Rückzahlung der aufgewandten Kosten ermöglicht.

Die ganze Aktion muß volkswirtschaftlich einwandfrei fundiert sein, Verzinsung und Tilgung der Kredite so gesichert werden, daß die Währung in keiner Weise bedroht ist.

Als besonders geeignet für die Arbeitsbeschaffung sind anzusehen:

1. Die Erhaltung und Verbesserung des Straßennetzes.
2. Hochwassererschubarbeiten.
3. Kleinwohnungsbau.
4. Hausreparaturen.
5. Austräge der Reichsbahn.
6. Austräge der Reichspost.
7. Zweckmäßige Siedlungsarbeiten.
8. Landwirtschaftliche Bodenverbesserungen.

Etwa eine Million Arbeitskräfte sollen auf ein Jahr bei diesen Arbeiten zusätzlich beschäftigt werden, wofür rund zwei Milliarden Mark erforderlich wären. Diese Begründung ist nicht willkürlich, sondern gegeben durch die Gesamtwirtschaft der Volkswirtschaft, in deren Rahmen sich die Arbeitsbeschaffung selbstverständlich bewegen muß. Die Wiederbeschäftigung einer Million Menschen schaltet eine zusätzliche Kaufkraft in den wirtschaftlichen Kreislauf ein. Das wird bald auf eine Reihe Verbrauchsgüterindustrien wirken. Zugleich werden die Baustoffindustrien eine Belebung erfahren. Neue Anstellungen in der Wirtschaft werden erfolgen, so daß die Auswirkungen der Arbeitsbeschaffung ihren unmittelbaren Kuppelvermögen verstärken. Auf diese Weise kann der Schrumpfungsprozeß abgebrochen werden. Die Wirtschaft

wird eine Atempause bekommen. Es werden sich bessere Bedingungen für die weitere Abwicklung der Konjunktur bilden. Das Wichtigste aber ist, daß die Wendung

dem Volk das Vertrauen in sich selbst, in seine Kräfte und in seine Zukunft wiederzugeben vermag.

Die Zuführung der Mittel ist keineswegs unmöglich. Es muß sogar geprüft werden, in welcher Weise noch die öffentlichen Haushalte zur Finanzierung beitragen können. Steuermittel aus der Hauszins- und aus der Reichslichtsteuer müßten für die Arbeitsbeschaffung verwendet werden, ferner die Ersparnisse der Reichsaustalt an Arbeitslosenunterstützung (infolge der Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen), des weiteren die von den Wiederbeschäftigten aufzubringenden Steuern, sowie ihre Beiträge für die Arbeitslosenversicherung. Endlich muß eine

staatliche Arbeitsbeschaffungsanleihe

angelegt und so ausgestaltet werden, daß sie die gebotenen Gelder aus dem Strumpf herausholt. Soweit die Anleihestücke nicht auf dem Kapitalmarkt untergebracht sind, sollten sie den Banken als Unterlage für eine Zwischenfinanzierung der Arbeitsbeschaffung dienen, und zwar so, daß die mit den Arbeiten betrauten Unternehmer Wechsel auf die zu gründenden Kreditnehmergesellschaften der Arbeitsbeschaffung ziehen. Die Banken diskontieren diese Wechsel, wobei ihnen die Anleihestücke als zusätzliche Sicherheit dienen. Die Banken können diese Wechsel bei der Reichsbank rediskontieren. Der Status der Reichsbank wird sich durch die Annahme dieser „Produktionswechsel“ nur verbessern, weil diese Wechsel sicherer und besser sind als viele Papiere, mit denen sich gegenwärtig die Reichsbank abfinden muß. Die zu bildenden Kreditnehmergesellschaften übernehmen die Verantwortung für die Rückzahlung der aufgenommenen Kredite. Reichsbahn und Post sind ohnehin kreditfähig.

Sämtliche Träger der Arbeitsbeschaffung müssen in eine „Zentralstelle für Arbeitsbeschaffung“ zusammengefaßt werden, in der die Gewerkschaften, ebenso wie in allen Arbeitsbeschaffungsorganisationen, vertreten sein müssen.

Zugleich muß eine wirkliche, scharfe, anti-inflationäre Preisüberwachung auf allen Gebieten einsehen und während des ganzen Jahres bestehen, um jede spekulative Preisbildung zu unterbinden. Die Preisüberwachung kann nur erfolgreich sein in Verbindung mit einer dem Sinn und dem Zweck der Arbeitsbeschaffung angepaßten Zoll- und Handelspolitik. Um die Arbeit auf möglichst viel Arbeitskräfte zu verteilen, muß die allgemeine gesetzliche wertzulässige Arbeitswoche durchgesetzt werden.

Die Regierung muß ihre passive Haltung in dieser wichtigen Frage aufgeben. Die Gewerkschaften können in der gegenwärtigen Situation allein den schrecklichen Mißstand nicht beseitigen.

Das kann nur die Gesetzgebung und sie muß es, wenn Gesellschaft und Staat nicht unheilbaren Schaden nehmen sollen. (Lebhafte anhaltende Zustimmung.)

Solche Arbeiten müssen den Vorzug erhalten, bei denen der Lohnanteil sowohl im Vorprodukt als auch in der letzten Ausführung möglichst groß ist. Selbstverständlich muß tarifliche Entlohnung einwirken; denn es handelt sich um die Schaffung zusätzlicher Kaufkraft. Darum ist auch im allgemeinen im Rahmen der Arbeitsbeschaffung für den „freiwilligen Arbeitsdienst“ kein Raum. (Sehr wahr!) Es dürfen nur wirklich zusätzliche Arbeiten für den freiwilligen Arbeits-

dienst in Betracht gezogen werden, die sich für Jugendliche, als ungelernete Arbeitskräfte, besonders eignen, dagegen für ältere verheiratete Arbeiter ohnehin nicht in Frage kommen. Die Untersuchung des Reichswirtschaftsrates hat für die Arbeitsgebiete, die sich im allgemeinen mit unserem Plan decken, eine Kreditsumme von 1130 bis 1840 Millionen Mark und eine Arbeiterzahl von 515 000 bis 865 000 ergeben. Der Plan des Reichswirtschaftsrates zuzüglich dem Wort über den Kleinwohnungsbau, ist übersichtlich formuliert, bejaht aber doch klar und unzweideutig die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung und ihre Finanzierungsmöglichkeiten.

Der Referent bespricht dann eingehend

das Elend der Arbeitslosen.

Von den nahezu sieben Millionen Arbeitslosen sind über zwei Millionen über 50 Wochen ohne Arbeit. (Hört, hört!) Aus manchen Gemeinden, z. B. aus dem Westerwald, wird gemeldet, daß auch ältere Arbeitslose bettelnd herumziehen, weil infolge der fehlenden Unterstützung, die die Gemeinden nicht mehr leisten können, bitterste Not besteht. (Hört, hört!) Die zerrüttete Wirtschaft ist heute nicht mehr in der Lage, den Arbeitsnachwuchs ordnungsgemäß heranzubilden. Hunderttausende junge Menschen werden gleich nach Beendigung der Lehrzeit arbeitslos und verlieren in dieser langen Zeit die in der Lehrzeit erworbenen, in der eigentlichen Praxis noch nicht erprobten Kenntnisse. Bereits gibt es auch zehntausende arbeitslose Lehrlinge, deren Betriebe geschlossen sind. Weitere zehntausende können ihre Ausbildung nicht zum Abschluß bringen, weil ihnen der Lehrmeister keine Beschäftigung bieten kann.

Sammellehrwerkstätten und ähnliche Einrichtungen könnten in geeigneten privaten und öffentlichen Betrieben, Berufs- und Fachschulen errichtet werden. Aber nur wenig ist bisher geschehen, ja das Berufsschulwesen wird besonders stark abgebaut.

Die Regierung hilft der Industrie unangeht, Subventionen gehen alljährlich in viele hundert Millionen. Die Sanierung der Großbanken aus öffentlichen Mitteln kostete fast eine Milliarde, die Hilfe 1930 durch verlorene Zuschüsse und Kreditgewährung mit fragwürdiger Rückzahlung 80 Millionen, die Hilfe 1931 sogar 90 Millionen.

Die Preiserhöhungen durch landwirtschaftliche Zölle werden allein 1930/31 auf 2 Milliarden geschätzt. Die Reichsgarantie für etwaige Verluste bei Auslandsaufträgen beträgt 70 Proz. Reform der Hauszinssteuer und Abbau der Mietobergrenze begünstigt den Hausbau. Der Weltmarkt ist durch den Verbot der Erziehung von Werkschülern in den Mittel- und Kleinstädten bedroht worden. Nun hat die Arbeiterklasse, haben besonders die Arbeitslosen das Recht, Forderungen zu stellen. In ihrem Namen richtet dieser Kongress an die Regierung die Forderung, dieselbe offene Hand zu haben, die sie dem Unternehmertum gegenüber hatte. Man sage uns nicht: Arbeitsbeschaffung scheitert an der Finanzierungsmöglichkeit der Arbeitsbeschaffung bedeute Inflation! Unter Führung der Reichsregierung und der zuständigen Ministerien sollen sich die Vertreter der in Frage kommenden Körperschaften besonders unter Hinzuziehung von Vertretern der Gewerkschaften zusammensetzen, und die Fragen der Arbeitsbeschaffung, ihre Finanzierung und Durchführung im einzelnen regeln. Das kann und muß geschehen, und es muß gelingen, in der Zusammenarbeit aller Kräfte, die guten Willens sind, das Unheil der Arbeitslosigkeit in Deutschland zu mildern. (Lebhafte, anhaltende Beifall.)

In der Grenzmark.

Ein Bericht vom Wahlkampf.

Von einem Genossen wird uns geschrieben:

Es ist Montag, der 4. April. Ich steige am Bahnhof Friedrichstraße in den D-Zug nach Schneidemühl-Königsberg. Auf der Suche nach einem Platz treffe ich Bruno Schönant. Es stellt sich heraus, daß er für das Reichsbanner auf Agitation nach Pilsen fährt — ich fahre nach Pechlau, das nur 18 Kilometer von Pilsen entfernt ist. Nachdem wir uns darüber verständigt haben, daß beide Orte nicht in Knaurs Welt-Atlas verzeichnet sind, wurden wir auf eine Dame aufmerksam, die sich dann als Genossin vom Gesamtverband zu erkennen gibt: ein wunderbares Gefühl, schon in einem Bahnabteil die Aktivität der Eisernen Front zu spüren: Reichsbanner, Gewerkschaften, Partei sind durch uns drei vertreten. 10 000 Kameraden, Kollegen und Genossen tragen die Fahne des Kampfes gegen den Faschismus durch das deutsche Land. . . .

Unbewegt liegt dieses Land im Strahlenglanz der Frühlingssonne. Der Bauer führt mit sicherer Hand seinen Pflug. Wir entfernen uns zunehmend von dem ausgetragenen tempo-erfüllten Berlin. In Pechlau kommt ich nach 16 Uhr an; Pechlau ist ein Großdorf von etwa 2000 Einwohnern unweit der polnischen Grenze. Der Ortsgruppenvorsitzender des Reichsbanners holt mich von der Bahn ab. Um 8 Uhr spreche ich vor 200 Pechlauer Wählern: es sind viele Nazis darunter, aber sie benehmen sich ganz manierlich, gelegentlich ein harmloser Zwischenruf, den ich aufnehme. Ich spreche über die Ursachen der Weltwirtschaftskrise, über Reparationslasten und deutsche Wirtschaft, über deutsche Agrarpolitik und dann ausführlich über Demokratie und Sozialismus. Ein nationalfaschistischer Diskussionsredner gibt sich vergeblich die Mühe, den „Sozialismus“ seiner Vorteil zu retten, sein nutzloses und fast läudlich-troziges „heil Hitler“ geht in dem drausenden Geräusch der Versammlung unter.

Ich führe lange Gespräche mit unseren durchweg erwerbslosen Genossen, die alle Krisen- bzw. Wohlfahrtsunterstützung beziehen. Sie führen einen mühsamen Kampf auf dem vorgezeichneten Posten unserer Bewegung. Sie haben kein Geld — ich muß die Miete für den Versammlungsraum zahlen, sie möchten gern eine Reichsbanner-Kapelle gründen, aber ohne Geld ist das unmöglich. (Sie bitten mich, mit Höflichkeit und Reiz über das zu sprechen.)

Am nächsten Abend muß ich in Neuguth reisen. Das ist ein Dorf acht Kilometer von Pechlau entfernt. Zwei Reichsbannerkamaraden aus Pechlau begleiten mich. Wir fahren auf Rädern; keine schwarzrotgoldene Fahnen lassen die Landbevölkerung, die uns begegnet, Mund und Nase aufsperrn. Auch in Neuguth ist die Berührung stark bedacht, die anwesenden Nationalsozialisten mögen hier noch nicht einmal einen schüchternen Zwischenruf. Nach der Berührung noch eine kurze Aussprache mit dem einen oder anderen Versammlungsteilnehmer, dann steigen wir wieder auf die Räder, die jetzt mit den brennenden Laternen gespenstlich aussieht. Unsere Kampflieder fiegend fahren wir auf den nächsten Wagen.

Am nächsten Tag geht es mit der Bahn nach dem weit holländischen entfernten Pöllnitz. Viele Genossen brachten mich zur Bahn; ich fahre ungern weg.

In Pöllnitz spreche ich abends vor sechzig Männern und Frauen. Der gleiche Eindruck: aufmerksame und dankbare Zuhörer, von denen man sicher ist, daß sie ernste sachliche Aufklärung verantwortungsbewußt weitertragen.

Nach drei Tagen gemäßigter Beobachtung darf man doch wohl schon einige feste Linien der Erfahrung ziehen: wir müssen viel mehr als bisher aufs Land; und vor allem nicht nur kurz vor den Wahlen. Die Landbevölkerung empfindet es als Unrecht, daß man sich hier erst jeweils vor den Wahlen erinnert. Wir müssen die Landbevölkerung über alle Fragen der Politik, insbesondere der Wirtschaftspolitik auf dem laufenden halten; in Abständen von vier bis acht Wochen müssen diese kleinen Orte von geschulten Rednern bereitet werden. Auch die berühmten Redner unserer Reichstagsfraktion sollten einmal die kleinen Dörfer systematisch besuchen. Es wäre schon von großer Bedeutung, wenn diese Genossen in den Kreisstädten (z. B. Schneidemühl) gelegentlich sprechen wollten. Ein großer Teil der Landbevölkerung würde so erfüllt werden können. Ich bin überzeugt, daß dies eine ungeheure agitatorische Wirkung erzielen würde.

Und noch etwas: Wir müssen mehr mit guten Spielfilmen agitieren: die Landbevölkerung kann sich in Versammlungen kaum mehr ein Glas Bier leisten; das hält viele vom Besuch zurück. Ein guter Spielfilm (z. B. „Der Hauptmann von Köpenick“), von einem guten Referat umrahmt, würde die besten Wirkungen erzielen. . . .

Ich breche hier ab; in einer Zwischenrunde geht mein Zug, der mich nach Gampohl bringt: zu treuen Kameraden, zu neuen Erfahrungen. . . .

Die Radfahrer haben Schuld!

Wenn noch nicht überall Radfahrwege angelegt werden konnten

So ganz unrecht hat der „Berliner Verein für Radfahrwege“ nicht: die Fahrzeuge haben den Fahrdamm und die Chausseen, der Reiter die Reitwege (sogar in Berlin sehr viele!), der Fußgänger den Bürgersteig. Nur der Radfahrer muß sehen, wo und wie er sich hindurchschlängelt! Und das, obwohl das Fahrrad doch eigentlich das Verkehrsmittel der Massen, nicht gerade auf Hofen gebetteten, großen Masse der Bevölkerung ist.

Seit sechs Jahren besteht der Verein; er schmeichelt sich, mit dazu beigetragen zu haben, daß in dieser Zeit die anfänglichen 73 Kilometer Radfahrwege auf 420 Kilometer in Berlin angewachsen sind.

Und jetzt geht er aufs Ganze. Im Grunewald will er Radfahrwege schaffen, damit auch dort die Ritter von der Pedale wissen, wo sie hingehören. Man bedient sich dabei der freiwilligen Arbeitsdienstpflicht, dieser Wetumstrittenen.

Dreißig jugendliche Erwerbslose, die ohne Unterstützung sind, weil in der Familie noch nicht die dringende Not herrscht, sind am Werk, um mit Hacken und Schaufeln, mit Karren und Stampfern Radfahrwege zu schaffen. Sie treten nicht als Bohndrücker auf, obwohl sie für den Tag nur 2 M. an Entschädigung erhalten. Sie leisten zusätzliche Arbeit, d. h. Arbeit, die sonst nicht ausgeführt werden würde. Den Lohn, wenn man es so nennen will, zahlt die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Erwerbslosenversicherung; die Kosten des Materials muß der Verein selbst bestreiten.

Aber da liegt der Hase im Pfeffer. Merkwürdigerweise sind die Bestrebungen des Berliner Vereins für Radfahrwege noch nicht allen Radfahrern eingegangen. Viele Einzelvereine und auch einige Verbände verschließen sich den Bestrebungen noch, so daß der Verein mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Dabei sind die Bedingungen, die er für die Mitgliedschaft — und damit für die allen Radfahrern zugute kommenden Radfahrwege — stellt, außerordentlich leicht: Wenn jeder Radfahrer einen „Jahresring“ für 50 Pf. erwirbt, bekommt der Verein nach seiner Rechnung eine Summe zusammen, die ihm die Materialbeschaffung möglich macht. Er rechnet dabei mit 300 000 Radfahrern in Berlin, die den nicht nennenswerten Beitrag von jährlich 50 Pf. zahlen könnten. Aber wie gesagt, die Rechnung hat ein Loch, weil eben nicht alle dabei sind. Einige Bezirksämter in Berlin kommen dem Verein sehr weit ent-

gegen, die Tiergartenverwaltung aber, die viele Kilometer Reitwege unterhalten muß, auf denen sich die in Berlin gemäß nicht zahlreich vorhandenen wohlhabenden Reiterleute vergnügen können, hat bisher die Schaffung von Radfahrwegen rundweg abgelehnt. Dabei wäre es wirklich nur recht und billig, wenn man beispielsweise auf der Charlottenburger Chaussee die Radfahrer von dem mehr als gefährlichen Fahrdamm herunternehmen würde.

Bei der Beschäftigung der Arbeiter im Grunewald hielt Oberförster Schmoof noch einen kleinen Vortrag darüber, wie nach seiner Meinung sich die Besucher im Grunewald verhalten müßten, damit der Wald Wald bleibt. Wenn z. B. des Vormittags um 11 Uhr ein Waldbrand ausbricht, der viele Morgen des mühsam erhaltenen Baumbestandes vernichtet, und wenn man dann feststellt, daß sich bereits um diese Zeit wandernde Besucher auf einem offenen Spiritusfeuer Kartoffeln kochen wollten und dabei den Waldbrand verursachten, so kann man einiges Erstaunen nicht unterdrücken. Feuer, brennender Spiritus, glimmende Zigarettenstummel gehören nicht in den Wald. Die meiste Sorge machen dem Berliner Oberförster die zigarettenrauchenden Damen. Er ist an sich kein Feind dieser emanzipierten Zeitgenossinnen, aber sie sollten das Zigarettenrauchen im Wald unterlassen, denn sie sind beim Fortwerfen der Stummel die leichtfertigen. Selbst auf die wandernde Schulpflicht müssen die Forstbeamten aufpassen. Da hat sich die Försterei mit vieler Mühe eine kleine Baumschule geschaffen, in der Laubholz zum Einfassen der Chausseen und als grünes Unterholz gezogen wird. Das dauert doch immerhin verschiedene Jahre, bis die Bäumchen verwendungsfähig geworden sind. Neulich muß der Oberförster feststellen, daß viele Kastenprühlunge ausgerupft sind. Eine Schulkasse, die, man sollte es kaum für möglich halten, in Begleitung eines Lehrers war, hatte sie zu Nuten verarbeitet und die dann schließlich am Bahnhof Grunewald fortgeworfen. So war vieler Jahre Arbeit vernichtet.

Als ein Besucher gestern die Frage an den Oberförster stellte, wie man es ermöglichen könne, daß die schon vorhandenen Radfahrwege auch wirklich nur von Radfahrern benutzt werden und nicht von Fußgängern, wußte Herr Schmoof auch keine Antwort. Den Fußgängern, meinte er, ist der Grunewald offenbar noch nicht groß genug!

Straße 23, veranstalten. 100 Bilder lassen von den Schönheiten des Fußballsports erzählen. Freunde des Fußballsports sind herzlich eingeladen.

Kleiner Sport von überall

Um die ostdeutsche Bogmeisterschaft: Weißwasser schlägt Liegnitz. Zum fünften Male standen sich in Weißwasser die beiden Endrundengegner „Hansa“-Weißwasser und „Eiche“-Liegnitz um den Titel eines ostdeutschen Gruppenbogmeisters im Arbeiter-Athleten-Bund Deutschlands gegenüber. Die beiden Staffeln lieferten einen harten Kampf, den die Mannschaft aus Weißwasser wieder zu ihren Gunsten entscheiden konnte, Eiche unterlag mit 4:12 Punkten. Der Berliner Kreismeister „Nichtenberg-Friedrichsfelde 04“ konnte sich in diesem Jahre noch nicht durchsetzen, in der Zwischenrunde verloren die Berliner ihren Kampf in Liegnitz, da sie in drei Gewichtsklassen mit Ueberrang nicht antraten und so sechs wertvolle Punkte schon auf der Waage an die Siegermannschaft abgeben mußten. Die Vorrundenkämpfe um die Bundesmeisterschaft beginnen in der nächsten Zeit.

Ringkämpfe im Zirkus Busch. Vor vollem Hause rangen gestern als erstes Paar Boguar-Ungarn gegen Kamall-Berlin. Der Kampf, von dem man sich etwas mehr versprochen hatte, blieb unentschieden. Im zweiten Treffen konnte nach kottem Kampf der Sachse Weinert nach 7 Minuten durch Hüftzug einen hübschen Erfolg über Brüdner-Breslau buchen. Den dritten Kampf besritten Trinkgeld-Bayern und Asorfki-Polen. Auch dieser Kampf blieb unentschieden. Darauf traten zum Entscheidungskampf Equatore-Italien und Pöhmann-Lettland an. Das Ergebnis war ein kottter, an spannenden Momenten reicher Kampf. Er nahm ein dramatisches Ende. Pöhmann führte schnell hintereinander zwei Ueberwürfe aus. Bei dem letzten fiel er so unglücklich, daß er sich die Schulter verletzete. Pöhmann versuchte noch einige Minuten den Kampf fortzusetzen, mußte aber nach einigen Minuten den Kampf aufgeben. Gesamtkampfdauer 54 Minuten. Im letzten Treffen des Abends machte Grünweiser-Schweiz mit dem Ukrainer Omeltchenko ziemlich kurzen Prozeß. Er besiegte ihn nach 8 Minuten durch einen schnellen Ueberwurf. Die Kämpfe für heute sind folgende: Belar Ragn-Ungarn gegen Kauer-Estland, Brüdner-Breslau gegen Haber-Ostpreußen, Boguar-Ungarn gegen Schachschneider-Berlin, Baburki-Polen gegen Weinert-Sachsen und im Entscheidungskampf Trinkgeld-Bayern gegen Sendor Ragn-Ungarn.

Mit der Skihose in die Kirche! In einem kleinen Ort bei Warchau ereignete sich am Dinstag ein Vorfall, der eine Beleidigungsklage gegen den dortigen Pfarrer zur Folge hatte. Während des Gottesdienstes nämlich betrat eine ahnungslose Ausflügerin, eine Lehrerin aus Warchau, die Kirche, angehen mit einer — Skihose. Der Pfarrer wollte seinen Zugen nicht trauen. Eine solche Entweihung der Kirche, in der sonst die Frauen nur in langen, feierlichen Kleidern erschienen, hatte er noch nicht erlebt. Kein Wunder, daß er sofort den Gottesdienst unterbrach und mit scheltenden Worten die tollkühne Ausflügerin aus der Kirche wies. Die war jedoch nicht geneigt, sich widerspruchslos einen Hiniauswurf gefallen zu lassen und klagte gegen den Pfarrer wegen Beleidigung. Und so kam es zu einer von sportlichen Kreisen stark besuchten Verhandlung vor dem Gericht. Aber schon zu Beginn der Verhandlung gab der Richter dem alten Pfarrer zu verstehen, daß von einer Entweihung der Kirche keine Rede sein könne, denn nicht auf die Kleidung, sondern auf die Bläubigkeit komme es an! Die Kirche stehe jedem offen, ob er im Festanzug oder im Skidress erscheine. Der Beklagte gab darauf zu, daß er gegen die sportliebende Lehrerin zu weit gegangen war, entschuldigte sich in aller Form und bat, von der Durchführung des Prozesses abzusehen. Die Klägerin war damit einverstanden und so konnte der Prozeß um die Skihose gütlich beigelegt werden.

Freier Körperkulturkreis Reusberg! Mittwoch, 12. April, 10-12 Uhr, Radfahren mit Gymnastik im Stadthaus, Bismarckstraße. Sonntag, 17. April, Arbeitstag auf dem Konigslande. Werkzeug, Hammer und Sagen, mitbringen. Treffpunkt: 8 Uhr Gültiger Bahnhof. Fahrt bis Königswusterhausen. Radfahrer treffen sich um 8 1/2 Uhr Hermannsplatz (alte Berliner Straße).

Freie Fußballer Berlin. Zusammenkünfte Donnerstag, 14. April, 20 Uhr. Gruppe Südosten: Große Frankfurter Str. 16. „Von Flug zu die Welt“, Lichtbildvortrag. — Gruppe Nordosten: Wertheim, Schulstraße, Dänischer Str. 3. „Auf Alpenflüssen und Bergeshöh“n“, Lichtbildvortrag. — Gruppe Norden: tut bis auf weiteres jeden Freitag, 20 Uhr, Bismarckstr. 5. Nächste Zusammenkunft Freitag, 18. April, Glimmerabend der Volksturner.

1938. Bezirk Ostpreußen. Donnerstag, 14. April, 20 Uhr, Handballprüfung bei Hohenbach, Alt-Stralau 8. Vortrag über „Neue Handballregeln“. — Ruderbeleg: Donnerstag, 14. April, 20 Uhr, Sitzung im Treppen, Hochbahn-Schiffbau Ter. Sonntags Arbeitsdienst im Bootshaus und Rudertraining.

Sie verkauften sich und den Sport

Große Schiebung bei den bürgerlichen Fußballern

Daß es mit der Amateurfrage in der bürgerlichen Sportbewegung bereits seit Jahren nicht ganz stimmt, haben wir schon immer behauptet und auch stets bewiesen. Wir konnten nachweisen, daß Tennispieler und Schwimmer, Fußballspieler wie Radfahrer, Leichtathleten ebenso wie Ringern und Boxern Geldzuwendungen gemacht, oder daß von ihnen Geldforderungen gestellt wurden, die sich mit dem Begriff Amateur nicht vereinbaren ließen. Bisher wurden unsere Behauptungen von den beteiligten Verbänden nicht bestritten, irgendwelche Maßnahmen zur Abhilfe aber auch nicht unternommen. Erst in letzter Zeit, als sich auch die bürgerliche und die Fachpresse damit beschäftigten, konnte man einer Untersuchung nicht mehr aus dem Wege gehen. Die untersuchungsführenden Kommissionen taten dann sehr erstaunt, als sie merkten, in welchen Sumpf von Korruption sie gegriffen hatten.

Die Fälle Ladoumégue und Rurmi sind in frischer Erinnerung. Bei den Schwimmern konnten wir feststellen, daß der bürgerliche „Schwimm-Sport-Club 1880“ einen der besten Arbeiterturnispringer namens Kreuzlich mit Geld und dem Versprechen, ihm eine Stellung zu beschaffen, für sich gefapert hat.

Daß es bei den bürgerlichen Fußballern die schmutzigste Wäsche gibt, ist allgemein bekannt — nur beim Vorstand des Deutschen Fußballbundes nicht. Um einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen und dem ewigen Streit über die Höhe der sogenannten Spielfees zu regeln, wurde seinerzeit den Spielern für jedes Spiel 7,50 M. bewilligt. Daß dieser Satz von fast keinem der führenden Vereine beachtet wird, ist ebenfalls bekannt — nur beim Deutschen Fußballbund nicht. Spielerwanderungen, so nennt man es, Schlawenkäufe müßte es heißen, sind daher an der Tagesordnung. Und wenn das nicht genügend einbringt, dann versucht man es eben mit Spielverkäufen. Schon oft sind solche „Geschäfte“ abgeschlossen worden, ohne daß man die „Käufer“ oder die „Verkäufer“ belangen konnte. Jetzt sieht aber ein Spielverkauf greifbar fest: Der Neuföllner Fußballklub Südstern, der der Oberliga angehört, wollte dem 1. Fußballklub Neufölln sein Spiel gegen den Fußballklub Blau-Weiß für den Betrag von 500 M. verkaufen, das heißt: Südstern verpflichtete sich Blau-Weiß unter allen Umständen zu schlagen, damit der 1. Fußballklub Neufölln in der Oberliga bleibt, von dem Erlös sollten die Südsternspieler je 30 M. erhalten, während die Verhandlungsführer den Restbetrag einstecken wollten. Der 1. Fußballklub ließ sich darauf nicht sofort ein. Er meldete die Angelegenheit dem Verband Brandenburgischer Ballspielvereine, der daraufhin einen Vertreter zur zweiten Verhandlung, auf die die Neuföllner zum Schein eingehen sollten, entsandte.

Und hier beginnt die Schuld des VVB-Vorstandes. Statt daß der Vertreter in voller Deffektivität an den Verhandlungen teilnimmt, um die Wahrheit der Anschuldigungen festzustellen, versteckte er sich hinter einen Schrank, von wo er dann alle Äußerungen abhören konnte. Die Neuföllner sagten nicht ja und nicht nein, sondern drückten sich um den Kern der Sache wie die Ache um den heißen Brei. Südstern spielte gegen Blau-Weiß, gewann und bekam kein Geld!

So weit die festgestellten Tatsachen. Wäre es für den gesamten Fußballsport nicht besser gewesen, der VVB-Vorstand hätte sofort den Bekannwerden eine strenge Untersuchung eingeleitet und, sobald sich nur die geringsten Anzeichen bemerkbar gemacht hätten, dem Verein Südstern bis zur vollständigen Klärung jede Spielmöglichkeit zu nehmen? Vor einigen Tagen fand nun die Verhandlung statt, bei der die Angelegenheit niedergeschlagen wurde. Der VVB-Vorstand begründete seinen Spruch damit, daß eine Bestrafung Südsterns in der Deffektivität unliebbares Aussehen erregen würde (!), was der ganzen Fußballbewegung schaden könnte. Ja, glaubt denn der Vorstand, daß durch das Bekanntwerden solcher Machinationen und die stillschweigende Duldung durch den Vorstand des VVB, der Fußballbewegung gebietet ist?

V. W.

Ein Abend Frauenturnen

Siebenundneunzig blauehose, mit weißem, ärmellosen Hemd und den Vereinsinitialen darauf genäht — so repräsentierten sich die Frauenturnerinnen im Rahmen der 70-Jahrfeier des

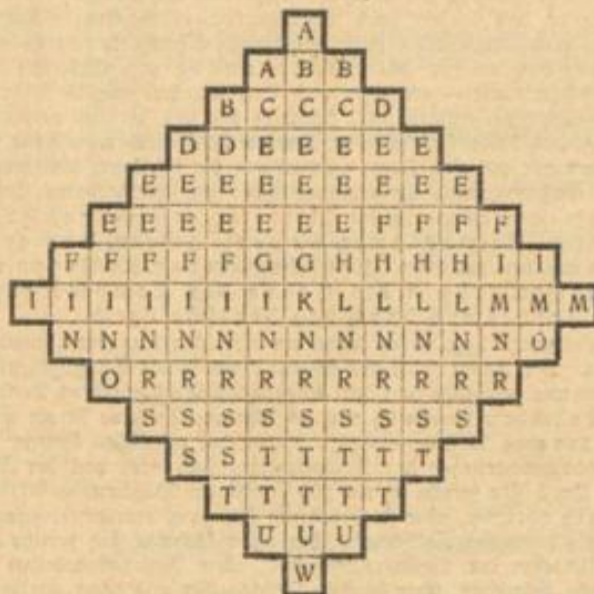
„Volkssport Wedding“ gestern bei dem Frauen-Turn- und Gymnastikabend.

Mehrere hundert Besucher waren Zeuge der Arbeit im Dienste der Volksgesundheit, die weibliche werktätige Bewohner holen. Anmut, weibliche Eigenart trat in besonderer Maße bei den Schrittl-, Hüft- und Laufenarten nach Ruffel zutage. Gemandtheit und Mut verkörperten die Leistungen an den Geräten, die für den Anfänger wie für den Geübteren zeigten: Ja, das kann ja ein jeder mitmachen. Und so soll es ja auch sein! Spiele, ob mit dem Medizinball oder ohne, Kreisspiele auf dem Fußballboden, im Lauf oder in kombinierter Form, zeigten hier, wie wahr die aufklärenden Worte des Begrüßenden waren. Frohsinn nach des Tages Last und Mühe zu erwecken, das wurde unter Beweis gestellt. 42 Jahre Frauenturnen in Berlin — 1890 und 1932, welcher Unterschied! Die Ausstellung, die ebenfalls in der Panikstraße 18 gezeigt wird, veranschaulicht auch das mit am besten in der Kleidungsfrage. Damals der lange, hindernde Rock, insdritzt abspitzend den Körper, der Luft, Licht und Sonne verweigert. Die Liebergänger sind Beweis nach diesem Verlangen und die Anfangs geübte Bekleidung von heute ein nicht mehr wegzudenkender Bestandteil des Arbeitersports im Fußball des Frauenturnens, und das ist gut! So. Vorwärts, weiter! so!

„Auf Alpenflüssen und Bergeshöh“n“ ist der Titel eines Lichtbildvortrages, den die Freien Fußballer Berlin, Gruppe Nordosten, als Auftakt für die diesjährige Paddelfeison am Donnerstag, 14. April, in der Aula der weltlichen Schule, Danziger

Rätsel-Ecke des „Abend“

Diamanträtsel.



Die Buchstaben sind so in die Felder zu verteilen, daß Wörter folgender Bedeutung entstehen: 1. Nebenlauf; 2. Rostprodukt; 3. Himmelskörper; 4. Kleidungsstück; 5. Fahrzeug für den Winter; 6. Wasserfahrzeug; 7. Barantwortschweller Beruf; 8. Kampforganisation; 9. Teil der Insel Kügen; 10. Stadt in der Lausitz; 11. Werkzeug; 12. Verbandsorgan; 13. Temperatur; 14. Nebenfluß der Donau; 15. Nebenlauf. — Sind die Wörter richtig gefunden, so ist die mittlere Sentrecht gleich der mittleren Waagerechten. ho.

Kopferträtsel

Erna, Star, Dill, Geld, Ufen, Koldorn, Spant, Kunde, Ziehn, Kraut, Sturm. Den vorstehenden Wörtern sind je zwei aufeinanderfolgende Buchstaben zu entnehmen, die, richtig aneinandergereiht, ein Sprichwort ergeben. ak.

Magisches Dreieck.

Die Buchstaben a a a a a e e i k l i m m n s s t richtig eingesetzt, ergeben senkrecht und waagrecht die gleichen Worte. — Bedeutung der Wörter: 1. Stadt in Frankreich; 2. englische Insel im Mittelmeer; 3. ungarischer Frauennamen; 4. griechischer Buchstabe; 5. Kusurj; 6. Konsonant. P. S.

1	2	3	4	5	6	7	8	4	6
2	8	5	6	3	4	6			
3	4	8	7	1					
4	1	6	8	5	8	4			
1	4	6	2	5	8	2			
5	6	8	4	1	4				
6	5	2	3	1	4	7	6	5	
7	1	2	1	4	3	1	8	4	
8	4	7							
4	6	7	6	8					
6	8	2	3	1	4				

Auflösungen der letzten Rätsellede

Kreuzwörterrätsel, Waagrecht: 1. Barolo; Braun-Esenering; 8. Rosenport; 8. Australia; 10. Orkanit; 11. Toraneter; 12. Ur; 13. Ort; 14. Statin; 16. Reiter; 18. und 19. Bebel, Viebtnecht 20. Nr; 22. Craris; 23. Island; 24. Res; 28. Koa; 29. Einfontonen; 30. Eichtel; 31. Regierungsrat. — Senkrecht: 1. Bro. (eiarier); 2. Urtia; 3. Bei; 4. Aktinierung; 5. Naturhüter; 6. Nere; 7. Gartenstadt; 14. See; 15. TBC; 17. Lea; 20. Urter; 21. Regie; 23. Sang; 26. Bei; 27. Hall; 29. er; 30. er.

Rätselgleichung: A = Orgel, B = Anis, C = Ate, D = au, X = Organisation.

Verwandlungsrätsel: Sonne Sonne — Seine — Seide — Heide.

Geographisches Silbenrätsel: 1. Griechenland; 2. Urt; 3. Urtia; 4. Uher; 5. Grisee; 6. München; 7. Ueffalten; 8. Lyon; 9. Ameland; — Guatemala.